

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld, für den übrigen
redactionellen Theil: E. R.
Liebscher, beide in Posen

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Glugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Hundertster Jahrgang.

Die „**Pföner Zeitung**“ erscheint wochenttäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Pfen, 5.45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Buchhändler des deutschen Reiches an.

Inserats, die festschgeschaltene Pettizelle oder deren Raum der Morgengabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagsgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Erbrediton für die Mittagsgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgengabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

12. Sitzung vom 4. Dezember, 2 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Hg. Greif (Cir.) bekräftigt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitglieðern. Das Gesetz bilde einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand. Es sei ja zweifellos, daß mit dem 18. Lebensjahre die wirtschaftliche Selbstständigkeit bereits vorhanden sei, aber die Frage müsse erörtert werden, ob mit diesem Lebensalter bereits diejenige geistige und sittliche Reife vorhanden sei, die erforderlich ist für die selbständige Auswahl eines Aufenthaltsortes. Ebenso müsse Aufklärung über die Schädigung geschaffen werden, welche einzelne Gemeinden von der Novelle haben werden.

Abg. Brühne (Soz.) regt eine Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes in der Richtung an, daß eine Verminderung der Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften herbeigeführt werde. In diesem Falle würde den Rentenberechtigten eine höhere Rente gewährt und die Armenlast der Gemeinden erheblich vermindert werden können. Ferner verlangt Redner die Ausdehnung des Unterstützungswohnstättengesetzes auf Elsaß-Lothringen und Bayern. Die Herabsetzung der Altersgrenze zur Erlangung des Unterstützungswohnstättes auf das 18. Lebensjahr set eine Verbesserung des geltenden Zustandes. Wünschenswerth wäre es aber, daß die Armenlasten nicht auf einzelne Gemeinden, sondern gleichmäßig auf das ganze Reich vertheilt würden.

Abg. Dr. **Stamm** (nl.) Wir würden auch eine Ausdehnung des Unterfützungswohlfühlgesetzes auf Essak-Lothringen befürworten. Im übrigen sind wir mit der vorliegenden Novelle im Ganzen einverstanden. Einzelne Punkte müßten allerdings in der Kommission einer Prüfung unterzogen werden. Mit der Ansicht des Vorredners, daß die Armenlisten auf das ganze Reich vertheilt werden sollen, sind wir nicht einverstanden.

Staatssekretär Dr. v. Böttcher: Ich bin erfreut über die sympathische Aufnahme der Novelle. Wenn wir nicht alle Wünsche in Bezug auf die Frage des Unterstützungswohnsitzes in dieser Novelle befriedigt haben, so liegt das daran, daß unter den Einzelstaaten darüber eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die schwersten Uebelstände sind jedenfalls beseitigt worden. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, das Gesetz auch auf Elsaß-Lothringen auszubehnen, wird von weiten Kreisen, auch von der Reichsregierung, getheilt. Eine Anfrage an die Landesregierung in Elsaß-Lothringen hat ergeben, daß dieselbe der Sache freundlich gegenübersteht, daß sie aber nicht eher damit vorgehen will, bevor die in Angriff genommene Neuorganisation der Verwaltung und die Steuerreform beendet sei.

Abg. v. Sollenfer (dt.): Auch wir sind im Wesentlichen mit der Vorlage einverstanden. Es würde aber den wahren Verhältnissen viel mehr entsprechen, wenn die Altersgrenze auf Erlangung des Unterstützungswohnsitzes auf das 16. Lebensjahr herabgelekt würde. Die Bestimmung, daß die Landarmenpflege dann eintritt, wenn der Unterstützungswohnsitz nicht zu ermitteln ist, hat zu Unzulänglichkeiten geführt, und es wird zu erwägen sein, ob nicht anstatt dieser negativen eine positive Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden kann. Der Verweisung an eine Kommission stimmen wir bei.

Abg. Dr. **Wöfel** (antif. Ref.): Wir begrüßen die Vorlage mit Freuden im Interesse der ärmeren Gemeinden. Wenn man erwartet habe, daß die Arbeiterversicherung die Armenlast vermindert und der Arbeiterbevölkerung zu gute gekommen sei, so habe man sich geirrt. Die Wirkung der Gesetze werde z. B. durch ihre bürokratische Handhabung beeinträchtigt. Das beweise folgender Fall, in welchem ein Schreinerlehrling bei dem Herannahen eines Stils in die Art durch einen Splitter das Auge verloren habe und auf seinen Antrag auf Rente vom Schöbzsgericht mit der Motivierung abschlägig beschieden worden sei, daß das Herannahen eines Stils in eine Art nicht zum Schreinerhandwerk gehöre. Bei dieser Gelegenheit spreche ich den Wunsch nach einer Milderung des Freizügigkeitsgesetzes aus. Es muß mit den liberalen Traditionen aufgeräumt werden. Die wirtschaftliche Schrankenlosigkeit muß beseitigt werden. Anstatt wirtschaftlicher Freiheit muß wirtschaftliche Ordnung kommen.

Abg. **Gamp** (Rp.) spricht zwar seine Zustimmung zu diesem Gesetze aus, verlangt jedoch ebenso wie der konservative Redner die weitere Herabsetzung der Altersgrenze auf das 16. Lebensjahr. Gleichzeitig befürwortet Redner eine Altersgrenze, z. B. das 60. Jahr, wo der Unterstützungswohnsitz erlischt.

Staatssekretär **Dr. v. Bötticher** erklärt sich gegen letztere Forderung, denn die Erwerbsfähigkeit erlösche nicht bei allen Arbeitern gleichmäßig. Bei industriellen Arbeitern erlösche sie eher als bei landwirtschaftlichen. Eine solche Bestimmung würde zu einer massenhaften Abschiebung derjenigen Leute führen, die sich diesem Alter nähern. Die industriellen Arbeiter, die frühzeitig aus dem Lande nach der Stadt gewandert sind, würden kurz vor dem 60. Lebensjahre wieder nach dem Lande geschoben werden. Eine derartige Bestimmung stehe also nicht im agrarischen Interesse — und das agrarische Interesse sei für die Regierung ja auch bei dieser Vorlage mitbestimmend gewesen.

Abg. Schröder (Freil. Bergg.): Auch wir stehen der Vorlage sympathisch gegenüber. Die von den bisherigen Rednern vorgebrachten Punkte sind bereits in der vorjährigen Kommission zur Förderung gekommen, ohne daß man zu einer Verständigung gelangte. Diesmal wird es wohl kaum anders sein. Es wäre also am besten, wenn man auf Einzelheiten verzichtete und die zweite Beratung sofort im Plenum erfolgen ließe. Die einzelnen Parteien können ja bei dieser Gelegenheit ihre Amendements einbringen.

Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.) schließt sich diesen Ausführungen an. Eine Kommissionsberatung wäre eine Zeitverschwendung. Böttig verfehlt aber wäre es, wenn man die Vorlage so sehr bedäcken und etwa wie der Abg. Gamp es zu verlangen scheint.

aus der kleinen Novelle einen zweibändigen Roman machen wollte.
(Heiterkeit.)

Abg. Winterer (Esl.) vertheiligt die elässlichen Zustände. Die zahlreichen Privatanstalten für Nothleidende, die nicht erst nach Herkunft der Bedürftigen fragten, erstzten die mangelhaften Gemeinde-Einrichtungen für Armenpflege vollaut. Eine Ausdehnung des Unterstützungswohnstzgesetzes auf Eslaz-Vothringen würde diesem Lande nicht zum Vorthheil gereichen, zumal mehr Reichs-angehörige in Eslaz-Vothringen, als Vothringer im Reichs sind. Die besten Elemente seien es nicht, die nach Eslaz-Vothringen reisen; in den Gefängnissen und Arbeitshäusern Eslaz-Vothringens befänden sich eine ungemein große Zahl von Nicht-Eslaz-Vothringern.

Hg. Dr. **Schädler** (Str.) bekämpft das Verlangen nach Ausdehnung des Unterstützungsmobnheitsgesetzes auf Bayern. Die Bayern seien gerade in Bezug auf dieses Reservatrecht sehr empfindlich. Wenn dort Härten vorkommen, so könnten sie im Verwaltungswege beseitigt werden. Die Bayern seien mit ihrem Heimathsrecht zufrieden. Treu und loyal erfüllen wir unsere Pflichten gegen das Reich, verlangen aber auch Schutz der uns gewährleisteten Rechte.

Abg. Frhr. v. **Gülflingen** (Rp.) bemerkt, in Württemberg hege man den lebhaftesten Wunsch, lieber zum alten Heimathsgesetz zurückzulehren als das die Bestimmungen des Unterstützungswohnstättengesetzes noch verschärft und verschlechtert würden. Aus der Herabsetzung der Altersgrenze würden die größten wirtschaftlichen Nachteile folgen. Auch der Landwirthschaft würden die besten Kräfte entzogen werden.

Abg. Wollenbühr (S.-D.): Eine Entlastung der armen Landgemeinden kann nur erfolgen, indem man die häufig auch recht armen Industriegebiete belastet. Eine Ausgleichung läßt sich hier nur erreichen durch völlige Abänderung der Armengesetzgebung. Das „Abhieben“ wird auch nach in Kraft treten dieser Novelle auf den verschiedensten Wegen betrieben werden. Ich glaube gelesen zu haben, daß die Verwaltung des Fürsten von Fürstenberg die Provis beseitigt, die Leute nicht zwei Jahre zu behalten, um zu verhindern, daß sie unterstützungswohnsitzberechtigt werden. Solche Mißstände können und müssen beseitigt werden. Erst dann kann an eine gründliche Reform des Unterstützungswohnsitzgesetzes gegangen werden. Auch wir erkennen die Reformbedürftigkeit des Gesetzes an, weisen aber in den Zielen von den andern Parteien an. Wir wollen namentlich nicht zu gleicher Zeit eine Aenderung des Strafgesetzbuches. Jetzt soll die Einperrung ins Korrektionshaus auch erfolgen, wenn Jemand seine Angehörigen nicht unterstützt, obwohl er dazu in der Lage ist. Das ist ein sehr dehnbarer Begriff, „sobald er in der Lage ist“. Solchen Härten können wir nicht unsere Zustimmung geben!

Der Entwurf wird hierauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Es folgt die erste Berathung der Novelle zum Viehschenden-
gesetz.

Abg. **Pingen** (Ctr.) beantragte, die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Dr. Krübe (nl.) verlangt eine bessere Vorbildung der
Thierärzte.

Abg. **Conrad** (Str.) führt die weitere Verbreitung der Viehseuchen auf die mangelhafte Kontrolle bei der Verladung zurück. Deshalb müßte das Vieh bereits bei der Verladung untersucht werden.

Abg. Klose (Ctr.) befürwortet Ausdehnung der Versicherungs- und Entschädigungspflicht auf das Schwarzwild.

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Senden: Die Vor-
lage entspricht den Erfahrungen der Regierungen in den letzten

lage entspricht die Erfahrungen der Regierungen in den letzten 10 Jahren. Sie erweitert insbesondere die Befugnisse des Reichsfinanzlers zur Verhütung der Einschleppung der Viehseuchen aus dem Ausland. Sie will auch einzelnen Ländern die Möglichkeit geben, gewisse Maßregeln zur Verhütung der Seuchen zu ergreifen, die bisher nicht getroffen werden konnten. Auf dem Gebiet der Versicherung des Schwarzviehs ist die Tendenz zur Selbsthilfe weit verbreitet; denn unter den vorhandenen 7 Millionen Schmetten sind bereits 2 Millionen versichert. Die verbündeten Regierungen glauben daher, daß die Regelung dieser Frage der Landesgesetzgebung überlassen werden muß. Die Frage der Bekämpfung der Tuberkulose bei den Rindern ist noch nicht spruchreif, da unter den wissenschaftlichen Autoritäten eine Einigung noch nicht erfolgt ist.

Abg. **Humann** (Str.) erklärt sich zwar mit der Tendenz des Gesetzes, aber nicht mit den Einzelheiten desselben einverstanden, die in der Kommission näher geprüft werden müßten.

Abg. Dr. Böckel (Antif., Ref.=Pt.): Unsere Partei wird verlangen, daß die Händler, die die meiste Schuld an der Ver-

langen, daß die Händler, die die meiste Schuld an der Verschleppung der Seuche haben, noch viel mehr kontrollirt werden. Es müßte ihnen zur Pflicht gemacht werden, Bücher zu führen. Die von Zeit zu Zeit von Beamten revidirt werden. Die Kontrollmaßregeln gegen die Landwirthe nützen nichts, sondern erregen nur Unzufriedenheit. Die Kosten für die Untersuchung des Viehes müßten herabgesetzt werden. Es darf auch nicht allzuviel Gewicht auf die Gutachten der Kreisthierärzte gelegt, sondern vielmehr muß das Urtheil der Landwirthe, der Brattiker, beachtet werden. Heute, wo der Bauer im Nothstand ist, sollte er von derartigen Scherereien befreit bleiben. Der Paragraf, der die Anzeigepflicht für räubige Schafe festsetzt, ist bei den Bauern in Hessen besonders verhaßt, und die Bauern glauben, daß ihre Schafzucht dadurch ruinirt worden ist.

Landwirthschaftsminister **v. Seyden**: Dieses Gesetz ist von praktischen Landwirthren gewünscht, berathen und auf Grund ihrer Forderungen ausgearbeitet worden. Auch die Bestimmung über die Schafräude ist von praktischen Landwirthren beantragt worden.

Abg. **Rettich** (dk.) befragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitglieðern. Die Anzeigepflicht für räudige Schafe habe in einigen Gegenden sehr günstig gewirkt und zur Beseitigung der Seuche dafelbst beizutragen.

Abg. **Bantleon** (ntl.) stimmt der Vorlage bei und bittet die Regierung, die Einfuhr von Vieh namentlich an der Grenze strengstens zu überwachen.

Die Vorlage wird darauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Die Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze wird durch Kenntniznahme in einmaliger Berathung erledigt. Die Uebersicht der Reichseinnahmen und -Ausgaben für 1892/93 wird an die um 7 Mitglieder verstärkte Rechnungskommission verwiesen; ebenso die Uebersicht der Reichseinnahmen und -Ausgaben für Kamerun, Togo und das südwestafrikanische Schutzgebiet für 1892/93 und die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für 1890/91, sowie der Gesekentwurf, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für 1892/93 und 1893/94.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident v. Lebekow: Wir werden uns nun der Berathung der Steuer Gesetze zuzuwenden haben. Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, meine schon früher kundgegebene Absicht, als ersten Gegenstand das Finanzreformgesetz zur Berathung zu stellen, auszuführen, weil ich mich überzeugt habe, daß die Majorität des Hauses anderer Meinung ist. Ich schlage daher vor, auf die morgige Tagesordnung, Dienstag 1 Uhr, die Novelle zum Stempelsteuergesetz zu setzen. Damit ist das Haus einverstanden.

Schluß 5⁸/₄ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 4. Dez. [Der rumänische Handelsvertrag. Eherecht und Konfessionalismus. Württembergisches.] Die Verhandlungen in der betreffenden Reichstagskommission über den Handelsvertrag mit Rumänien setzen sogleich lebhafter ein, als es die Berathung über den spanischen Handelsvertrag gethan hatte. Herr v. Hammerstein hat sich von den Konservativen an Stelle des Herrn von Polenz in die Kommission wählen lassen und stellt allerlei, nach seiner Meinung sehr verhängliche Fragen, deren Beantwortung heute zwei Minister und einen Staatssekretär beschäftigte. Herr v. Hammerstein hat große Sorge, daß Oesterreich-Ungarn in den Genuß der deutschen Zugeständnisse an Rumänien ohne das geringste Opfer kommen könnte. Rumänien will seinen neuen Generaltarif auf der Grundlage des rumänisch-deutschen Handelsvertrages festlegen, ihn also gegen alle übrigen Staaten, auch gegen das Donaureich, gelten lassen. So versichern wenigstens die Konservativen in der Handelsvertragskommission, während Freiherr v. Marschall und die Minister Thielen und von Berlepsch davon ausgehen, Rumänien werde Kampfzölle gegen Oesterreich-Ungarn einrichten, wenn man ihm in Wien und Pest nicht entgegenkommen wolle. Daß sich diese Frage nicht hier bei uns und am wenigsten in einer Reichstagskommission entscheiden läßt, ist ja klar, und die Konservativen, die es schon jetzt so darstellen möchten, als werde Oesterreich-Ungarn sich auf unsere Kosten ins Fäustchen lachen können, verfolgen mit ihrer nicht ungeschickt vorgebrachten Anregung auch nur taktische Zwecke. Trotz alledem wird der rumänische Handelsvertrag gerade so, wenn auch mit geringerer Mehrheit, angenommen werden wie der spanische vor ihm und der serbische nach ihm, und es werden ganz zweifellos auch mehrere Konservative zu der Mehrheit gehören. — In der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch fährt der ungenannte Freund eines strengen Konfessionalismus mit seinen, zum Glück erfolglosen Versuchen fort, das deutsche Eherecht durch Abhängigmachung von den Satzungen namentlich der katholischen Kirche zu verschlechtern. So hat dieses Mitglied der Kommission in der letzten Sitzung beantragt, daß eine Ehe nicht geschlossen werden könne zwischen einem Angehörigen der katholischen Kirche und einem Ungetauften, ferner nicht zwischen zwei Personen, von denen eine der katholischen Kirche angehört, solange der frühere Ehegatte der einen oder der anderen dieser Personen noch lebt endlich nicht zwischen dem Ausspender der Taufe und dem Täufling, sowie zwischen dem Taufpaten und dem Täufling. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag, die Eheschließung von Geistlichen und Ordenspersonen reichsgefeslich an die Erlaubniß ihrer kirchlichen Behörde zu binden (als ob solche Erlaubniß überhaupt denkbar wäre!) Einen Hauptvorstoß macht dann der unermüdlche Herr, indem er den Grundsatz der obligatorischen Zivilehe durch die Bestimmung durchbrochen wissen wollte, „daß die Eheschließung unter Beobachtung derjenigen Vorschriften zu erfolgen habe, welche die vom Staate anerkannte Religionsgemeinschaft aufstelle, der die Eheschließenden angehören.“ Auch fortan wird die einzig gültige Eheschließung nur vor dem Standesbeamten stattfinden können. Die Kommission hat hier eine Erleichterung einzufügen beschlossen. Darnach kann das Aufgebot, das einer Standesamtlichen Eheschließung voranzugeben hat, dann unterbleiben, wenn bei einem der Eheschließenden eine lebensgefährliche Krankheit vorliegt, die einen Aufschub der Eheschließung nicht gestattet. — Ist es Klatsch oder Wahrheit, was aus Stuttgart über

Differenzen mit Berlin berichtet wird? Solche Geschichten, wie sie jetzt von der württembergischen Hauptstadt aus verbreitet werden, enthalten ein böses Gift, und wenn sie richtig sind, so sollte man das von berufener Seite offen sagen, im anderen Falle aber nicht ein „vornehmes“ Still-schweigen beobachten. Der württembergische Gesandte in Berlin, Herr von Moser, soll seinen Posten aufgeben, weil seine Stellung bei Hofe erschwert erscheint, und dies wieder soll die Folge davon sein, daß die Aufhebung der württembergischen Manöver im letzten Herbst, die mit der Futter-noth erklärt wurde, in Berlin als unzulässiges Entgegenkom-men gegen „demokratische“ Wünsche verstimmt hat. Endlich sollen der württembergische Kriegsminister und der kommandierende General des württembergischen Armeekorps gehen wollen, weil der Kaiser bei seiner letzten Anwesenheit in Württemberg die Truppen gelobt, die Führung getadelt haben soll. Vor lauter „soll“ und „wider“ „soll“ sieht man in diesen Stuttgarter Berichten von Geberden-sphären und Geschichtsträgern auf so gut wie gar nichts Tatsächliches; die Wirkung dieser Pikanterien braucht darum aber nicht geringer zu sein. Deshalb können Verstimnungen, wofür sie thatsächlich vorhanden sind, nicht schnell und gründ-lich genug wieder aus der Welt geschafft werden. Wir können zu den Sorgen und Lasten, unter denen unser öffent-liches Leben zu leiden hat, nicht gut noch dynastische Zer-würfnisse hinzu gebrauchen, zumal wenn es sich dabei um einen Gegensatz zwischen Nord und Süd handelt. Sächlich ist eine Differenz zwischen Württemberg und der Berliner Centralstelle in einer Beziehung jedenfalls unumstritten da, nämlich in Bezug auf die Weinsteuern. Der Widerspruch gegen die Weinsteuern, der im Bundesrath ansehnlich genug war, ist von den württembergischen Bevollmächtigten am stärksten und mit einer Art von Führerschaft vertreten worden.

Es werden zur Zeit, wie der „Voss. Ztg.“ zufolge verlautet, von der Unterrichtsverwaltung Ermittlungen über die im höheren Lehrfach eingetretene Ueberfüllung von anstellungsberechtigten Lehrkräften angestellt, und zwar sollen dabei diejenigen Kandidaten in Betracht kommen, die in der Zeit vom 1. April 1888 bis Ende März 1893 ihr Probe-jahr vollendet und die Anstellungsberechtigung erlangt haben. Ferner soll festgestellt werden, wie viele erledigte Oberlehrer-stellen vom 1. April 1892 bis Ende März 1893 durch kommissarisch beschäftigte Hilfslehrer an staatlichen und nicht-staatlichen Anstalten versehen wurden, wie viele Stellen wissen-schaftlicher Lehrer überhaupt fehlen und durch Hilfsunterricht versehen werden und wie viele unter diesen Stellen als dauerndes Bedürfnis anzuerkennen sind. Sollte die Regierung wirk-lich beabsichtigen, geeignete Schritte zu einer Abkürzung des jetzigen Kandidatenelends zu thun, so würde sie bei dem ge-sammten höheren Lehrstande gewiß auf den lebhaftesten Dank rechnen können.

*** Aus Hannover, 3. Dez.** Der Kaiser und die Anar-chisten. In der Sitzung der 5. ordentlichen Landessynode der Provinz Hannover am gestrigen Tage theilte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende Geh. Regierungsrath v. d. Osten, wie der „Hann. Cour.“ berichtet, mit: der Kaiser habe die Kommission der Landessynode huldreichst empfangen und lasse der Synode für ihre Eingebung seinen Dank aussprechen. Der Kaiser beuge die Ueberzeugung, daß die anarchischen Angriffe auf die bestehende Ordnung nur durch die Kirche und deren Heilmittel zu bekämpfen seien, und vertraue, daß auch die Landessynode ihn bei seinen Be-strebungen in diesem Sinne unterstützen werde.

*** Vom Rhein, 3. Dez.** Landrath Gescher, Reichstags-Abgeordneter für Württemberg, ersucht die „Rhein. Volksztg.“ um Aufnahme der nachstehenden charakteristischen Zuschrift: „In der Sitzung des Reichstages vom 1. Dezember hat der Abgeordnete v. Hölleffner Namens einiger Mitglieder und Hospitanten der konservativen Fraktion die Erklärung abgegeben, daß dieselben mit Rücksicht auf die Zusammenlegung der Wählerkreise und die besonderen Verhältnisse ihrer Wahlkreise sich gezwungen sehen, der Stimm-Abgabe über den Initiativ-Antrag des Grafen Hompesch und Gen. sich zu enthalten, ob-gleich sie an sich geneigt gewesen wären, die Einen für, die An-deren gegen diesen Antrag zu stimmen. In vorstehender Erklärung ist nicht zum Ausdruck gebracht, welche der vorbezeichneten Ab-geordneten für und welche gegen den Antrag Hompesch ge-stimmt haben würden, wenn sie nicht durch die von Herrn von Hölleffner angegebenen Verhältnisse hieran verhindert gewesen wären. Ich glaube der Öffentlichkeit die Erklärung schuldig zu sein, daß ich zu den Erstern gehöre. Berlin, 1. Dezember 1893. Hochachtungsvoll Gescher.“

*** Koburg, 4. Dez.** Herzog Albert von Sachsen-Ko-burg-Gotha hat die Mitgliedschaft zum englischen Geheimen Rath niedergelegt.

Aus dem Gerichtssaal.

n. Posen, 4. Dez. Das Schöffengericht verhandelte heute gegen den Barbier Mitodowski Witkowski von hier wegen Unterdrückung in 17 Fällen. Der 25 Jahre alte Angeklagte ist bereits zwei Mal wegen Diebstahls und einmal wegen Betruges vorbestraft. Diesen Betrag beging Witkowski dadurch, daß er vor längerer Zeit in Frankfurt a. O. in einem Extrazug für Reiserbsten krieg, indem er den Bahnbeamten sagte, er sei ebenfalls Reiserbist, und auf diese Weise umsonst nach Berlin fuhr. Das Berliner Schöffengericht ließ damals Mißde halten und erkannte nur auf 10 Mark Geldstrafe. Witkowski war bei dem Barbier Burdajewicz hier selbst in Stellung. In der Zeit vom 1. März bis zum 1. Juli d. S. bemernten nun die ebenfalls dort beschäftigten Barbiergehilfen Konkel und Michalowski, daß der Angeklagte sich an jedem Son-natag von dem für Rasiren gelösten Gelde einige Markstücke in seine Tasche steckte. Der Angeklagte bestritt dies zwar, er wird aber durch die vernommenen Zeugen überführt. Für jeden Fall hielt das Gericht vier Tage Gefängnis für angemessen und erkannte auf eine Gesamtstrafe von sechs Wochen Gefängnis. — Der Bahntechniker Spei ging am 29. Oktober d. S. in Be-gleitung von drei anderen Personen die Venetianerstraße entlang. Wählich kam ihnen ein junger Mann mit einem aufgeklappten Messer in der Hand entgegen und reimpelte die vier Personen an. Viele verbateten sich dies, worauf der Mann, — es war der 20 Jahre alte Arbeiter Anastasius Schöner — einem der vier Leute einen derartigen Stoß verriechte, daß derselbe in den Rinn-stein fiel. „Nun erhebt auch Schöner einige Hiebe von Spei, weshalb er diesem zurief, wenn er ihn irgendwo

mal kriegen würde, würde er ihn todtstechen. Schöner hatte sich deshalb wegen Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens und weil er sich bei einem Angriff eines Messers bedient hatte, zu verantworten. Angeklagter ist trotz seiner Jugend sehr oft vorbestraft, er hat auch schon wegen Diebstahls 1 1/2 Jahre im Zuchthause gesessen. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Bedrohung 3 Tage Gefängnis und wegen des Angriffs eine Woche Haft, der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß solche Strafen-erzesse in einer Stadt wie Posen strenger bestraft werden müßten. Es wurde deshalb wegen der Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens auf 14 Tage Gefängnis und wegen des An-griffs mit einem Messer auf 6 Wochen Haft erkannt.

*** Potsdam, 4. Dez.** Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben. Um dieses in Arbeiterkreisen vielgesungene Lied breite sich eine Verhandlung, die am Freitag vor der hiesigen Strafkammer stattfand, vor welcher sich der Hutmacher Franz Moritz aus Ludenwalde, Dirigent des Gesangsvereins „Sängerlust“, sowie 12 Mitglieder dieses Vereines, wegen unbe-fugten Singens bei einer Beerdigung auf dem Kirchhof und außer-dem Moritz wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten hatten. Am 27. April d. S. wurde in Ludenwalde der Lagerhalter Hel-finger auf dem Kirchhofe der St. Johannis-Gemeinde beerdigt. Selnem Wunsche gemäß sollte die Beerdigung ohne Geistlichen stattfinden, dagegen von dem Gesangsverein „Sängerlust“, dem er angehört hatte, der letzte Vers des Liedes: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“ gesungen werden. Der Oberprediger von St. Johannes versagte indessen die Erlaubnis zum Singen auf dem Kirchhof ohne geistlichen Beistand bei der Beerdigung und so zog deshalb die Wittve Helfinger den Prediger Hüßner bei der Beerdigung hinzu. Der Gesangsverein „Sängerlust“ sang zunäch-st den Choral: „Wenn ich einmal soll scheiden“, dann folgte die Rede des Geistlichen, worauf die Sänger das Lied: „Still ruht Dein Herz“ anstimmten. Als dieses beendet war, stimmten die Sänger, während der Prediger im Fortgehen begriffen war, des Todten Wunsch gemäß, den letzten Vers des Liedes: „Ein Sohn des Volkes“ an. Nun trat der Todtengräber Schneider an Moritz heran und fragte, ob er zum Singen dieses Liedes von dem Oberprediger Erlaubnis habe und als Moritz nicht antwortete, sondern ruhig weiter dirigierte, rief Schneider: „Ich fordere Sie auf zum ersten, zweiten und dritten Mal den Gesang einzustellen und den Kirchhof zu verlassen.“ Der Gesangsverein sang aber ruhig den Vers zu Ende. Die Mitglieder erhielten bald darauf von der Polizei Strafmandate wegen Uebertretung der Kirchhofsordnung vom 15. Juli 1865, welche im § 23 das Singen bei Beerdigungen ohne Leitung eines Geistlichen oder Kirchenbeamten untersagt. Moritz hatte außerdem ein Strafmandat wegen Hausfriedensbruchs erhalten. Das Ludenwalder Schöffengericht hatte aber sämtliche Angeklagten auf deren Widerspruch gegen das Strafmandat freigesprochen, weil eine Leitung der Beerdigung durch den Prediger Hüßner vorhanden gewesen und das gesungene Lied weder politisch, kirchlich noch mensch-lich anstößig war, im Gegenteil einen poetisch schönen und würdigen Text habe. Auch Hausfriedensbruch liege nicht vor, da die Aufforderung Schneiders unberechtigt gewesen. Hiergegen hatte der Ludenwalder Staatsanwalt Berufung eingelegt, weil das Lied anstößig gewesen und einen sozialdemokratischen Charakter habe. Die Potsdamer Strafkammer erkannte aber-mals auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten, weil die Leitung des Geistlichen vorhanden gewesen, denn um das Singen am Grabe möglich zu machen, war derselbe ja hinzugezogen. Im übrigen könne es nur gebilligt werden, daß die Sänger nicht mitten im Text ihren Gesang unterbrochen haben.

Terminales.

*** Aus der Reichshauptstadt, 4. Dez.** Prof. Robert Koch. Wie unser Berliner Korrespondent uns mittheilt, ist Professor Koch mit einer größeren Arbeit über sein Tuberkulin beschäftigt. Die Schrift wird über verbesserte Methoden in der Anwendung des Mittels berichten und sich wohl auch mit verschiedenen Angriffen auf den Verfasser auseinandersetzen. Vorerhand beabsichtigt Koch, seine Abhandlung in der „Deutschen Medizin. Wochenschrift“ erscheinen zu lassen.

Der Wasserfall am Viktoriapark soll nach Mit-theilungen des Vorstehenden der städtischen Gemeindeverwaltung, des Stadtrath Friedel, noch einigen Veränderungen unterworfen werden, auch sonst gedenkt man den Park noch hier und da zu verschönern. Neuerdings sind von den schönsten Partien des Parks 26 photographische Aufnahmen erfolgt.

Die Lebensweise einzelner Offiziere wird durch eine Quittung charakterisiert, welche dem „Int.-Bl.“ übermittelt worden ist. Das Blatt schreibt: Vor ein Restaurant Unter den Linden wurden dieser Tage zwei Droschken gerufen und vier Herren in Uniform, augenscheinlich Offiziere, wollten die Fuhrwerke besteigen. Der eine dieser Herren griff in die Tasche, um den Fahrpreis zu entrichten, fahle aber zunächst ein kleines Fetzchen, das er hervorzog und in welches er einen flüchtigen Blick warf, dann das Papier zusammenfaltete, dasselbe ein wenig einriß und jodann fortwarf. Von einem Vorübergehenden wurde bald darauf der Fettel, der recht sauberlich trotz des Rißes ausfiel, aufgehoben. Sein Inhalt war folgender: Nota, Restaurant N. Unter den Linden Nr. 19. 11. 93.

4 Diners	18,— M.
1 Ravlar extra	15,— „
1 Fleurence	5,— „
2 Jroop	26,— „
Obst	2,50 „
2 La tour	36,— „
1 84er Bommer	30,— „
4 Kaffee triple	3,— „
4 Cigarren	16,— „
Droschke	1,50 „
	157,— M.

Ein Quittungsvermerk auf der Rechnung fehlte. Sollte diese noch zur Eintragung in die Geschäftsbücher des Restaurants ge-langen, so wird dabei auch vielleicht noch der interessante Additions-fehler von 4 M. entdeckt.

Eine wüste Scene spielte sich in der Nacht zum Sonntag in der unmittelbaren Nähe des Polizeipräsidiums ab. Gegen zwölf Uhr Nachts kam ein Trupp junger Leute, etwa 15 Personen, die Königsstraße entlang; unter der Stadtbahnbrücke, dicht vor dem Ausgang des Restaurants zum Prälaken, entstand eine Schlägerei zwischen diesem Trupp und anderen Passanten, wobei Stöße und Schläge als Waffen dienten. Der Bürgersteig war an jener Stelle vollständig gesperrt, der Ausgang aus dem Prälaken gefährdet, die aus demselben herauskommenden Gäste gerieten ins Handgemenge, herbeistürzendes Gefindel johlte, die Schläger schrien und schimpften, dazwischen liefen die Liebe auf Schuldige und Unschuldige hagelnd nieder, kurzum, es war ein Höllenlärm, der von Minute zu Minute wuchs.

Von einem Eisenbahnzuge überfahren und getödtet wurde in der Nacht zum Sonntag der Eisenbahn-arbeiter Karl Sadowski. Streckenarbeiter fanden Sonntag früh auf dem Stadtbahngelände, kurz vor der Haltestelle Hummelburg einen Menschenlopf und nicht weit davon den fürchterlich verstüm-melten Körper. Wahrscheinlich hat Sadowski in der Nacht nach Beendigung seines Dienstes einen Nichtweg einschlagen wollen,

um nach Hause zu gehen, und ist von einem Stadtbahnzuge, der von Hummelburg kam, überfahren worden.

*** Auf originelle Weise** ist der Musikfeller Bernhard Schulze aus der Garnison Jena entwischt. Vor einigen Tagen betrat er mit einem Schuhmacher in sehr antistischer Stim-mung ein Restaurant. Im Laufe der Unterhaltung machte Schulze dem Schuhmacher in scherzhaftem Tone den Vorschlag, sich doch gegenseitig einmal umzuwechseln. Gesagt, gethan! In einem sonst nicht als Garberobe benutzten Orte ging die Verwandlung vor sich. Kurze Zeit darauf war Schulze verschwunden, den Schuhmacher in der Soldatenkleidung zurücklassend. Vergeblich harrete dieser auf die Rückkehr des Soldaten, der sich nicht mehr sehen ließ und jetzt fleißig verfolgt wird.

*** Anklage wegen eines Telmannischen Romans.** Die Dortmundmunder Staatsanwaltschaft hatte den Antrag der dortigen katholischen Vereinsvorstände, gegen die „Dortmunder Ztg.“ An-klage zu erheben wegen Beschimpfung der katholischen Kirche durch den Roman „Unter den Dolomiten“ von Konrad Telmann abge-lehnt. Auf die erhobene Beschwerde hat jetzt die Oberstaats-anwaltschaft zu Hamm Erhebung der Anklage angeordnet. — (Wenn in dieser Beziehung die „Parti“ beobachtet wird, kann man sich in nächster Zeit auf eine Fluth von derartigen Beschimpfungs-Anklagen gefaßt machen).

*** Ein Schaubeger.** Ein Japaner veröffentlicht in einer in Sendai (Nordjapan) erscheinenden japanischen Zeitung folgende originelle Anzeige: „In Anbetracht des Umstandes, daß das Weintrinken der häuslichen Ökonomie Eintracht thut, enthalte ich mich in Zukunft von diesem Getränke, ausgenommen man ladet mich dazu ein und andere zahlen dafür. Tatabashi Ryozabaro.“

Aus der Provinz Posen.

*** Schneidemühl, 4. Dez.** [Vom Unglücksbrunnen.] Der große Sandhügel, der nunmehr aufgeschüttet ist, hat bis jetzt noch nicht die erhoffte Wirkung ausgeübt. An mehreren Stellen fließt dem „Schnodem. Tgblt.“ zufolge aus dem Hügel Wasser heraus und sogar stand heute früh in einer kleinen Vertiefung oben auf dem Hügel auch Wasser. So winzig der Ausfluß des Wassers bei Beginn der jetzigen Arbeiten auch war, so erhebt man doch nachgerade, daß man auf diese Art und Weise noch sehr lange wird aufschütten müssen, um einen wirklichen Erfolg zu erzielen. Herr Beyer hat übrigens Recht behalten, wenn er sagte, die Quelle würde unter Terrain selbstlich aus-brechen. Trotzdem die Kellerräume des Sommerfeldschen Grund-stücks mit Sand zugeschüttet sind, hat sich doch in den benachbarten Kellern Wasser eingefunden, das nach vorgenommenen Messungen seit Sonnabend um 7 Centimeter gestiegen ist. Daß man es hier nicht mit Grundwasser zu thun hat, ist unzweifelhaft.

— i. Gnesen, 3. Dez. [Vom Wasserwert. Volksküche. Wohlthätigkeitsveranstaltungen.] Die Beschaffenheit unseres Leitungswassers ist in fortwährender Besserung begriffen. Wie bereits früher mitgetheilt, hat eine am 21. Oktober durch Herrn Kreisphysikus Dr. Wille vorgenommene Untersuchung ein höchst trauriges Resultat ergeben, denn es wurden in ca. 1 cem Wasser 6912 Keime gezählt. Als Herr Dr. Wille am 10. v. M. wiederum das Leitungswasser untersuchte, war das Resultat der Untersuchung schon ein bedeutend besseres, denn es wurden diesmal in 1 cem Wasser nur 2688 Keime gezählt. Eine jetzt wieder vorge-nommene Untersuchung ergab ein sehr erfreuliches Resultat, denn es wurden in 1 cem Wasser bloß noch 768 Keime gezählt.

— Der Vaterländische Frauen-Verein hier hat am 1. De-zenber dieses Jahres im Hause des Superintendenten Kaulbach die Volksküche eröffnet. Die Verabreichung von Speisen erfolgt von 12 bis 1 Uhr Mittags und kostet die Portion 10 Pf., die halbe Portion 5 Pf. Freimarke werden jeden Sonnabend Nachmittags von 3—4 Uhr ausgegeben und werden gegen diese Marken nur von 11—12 Uhr Mittags Speisen verabfolgt. An den Sonn- und Feiertagen bleibt die Volksküche geschlossen. — Der hiesige israelitische Frauenverein veranstaltet eine Wohlthätigkeits-Lothterie zum Besten unserer Armen. — Die Kapelle des hiesigen 12. Dragoner-Regiments von Arnim veranstaltete gestern im Saale des Hotel Roichnke ein Konzert zum Besten des hierorts zu errichtenden Kaiser Friedrich-Denkmal.

± Bissa i. B., 2. Dez. [Unentgeltliche Behand-lung armer Augenkranker. Wiederergriffene Korrigenden.] Am nächsten Sonntag wird der Augenarzt Dr. Remat aus Glogau im Kreisständehause anwesend sein, um auf Kreiskassen arme Augenkranker des Kreises Bissa, welche mit einem Attest der Ortspolizeibehörde über ihre Mittellosigkeit ver-sehen sind, unentgeltlich zu untersuchen und zu behandeln. — Die beiden in voriger Woche aus dem Arbeits- und Landarmen-hause zu Bojanowo entwichenen jugendlichen Korrigenden sind nun beide wieder an die genannte Anstalt eingeliefert worden. Während der eine schon einige Tage nach der Flucht ergriffen wurde, hat sich der andere jetzt in einer Stadt unserer Provinz der Polizei zur Verhaftung selbst gestellt.

X. Breichen, 3. Dez. [General-Versammlung.] Heute Nachmittags 4 Uhr fand im Welschen Lotte eine General-versammlung des Landwehrvereins für Breichen und Umgegend statt. Wegen Behinderung des Vorstehenden eröffnete der stell-vertretende Vorsitzende, Bürgermeister Seydel, die Versammlung mit einer Ansprache, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Auf Antrag eines Mitgliedes wurde der bisherige Vorstand per Affirmation auf 3 Jahre wiedergewählt. Derselbe besteht aus den Herren: Landrath Kühne, Vorsitzender, Bürgermeister Seydel, stellvertretender Vorsitzender, Hauptmann v. Heydebrand und der Jaso und Premier-Adjutant Frielingshaus, Beisitzer, Rentier Witzel, Rentant, Kaufmann Sabiers, Schriftführer. In dem Ehrenrath wurden gleichfalls durch Ruf die Herren Lieutenant v. Ruchel, Scholtz, Lehrer Wolff und A. Witzel wiedergewählt. Es wurde beschlossen, in Zukunft alle Monate ein gemüthliches Beisammensein zu veranstalten. Zum Schluß wurde das patriotische Festspiel: „Der alljährliche Lieutenant“ von einem Herrn und 12 Kindern aufgeführt.

— t. Schweinert, 2. Dez. [Verschiedenes.] Die Na-turalversorgungsstation zu Schwerin a. B. für bedürftige wan-dernde Handwerksburken wurde im vergangenen Monat von 251 Personen in Anspruch genommen. Es haben 11 Personen Mittag-brot und 220 Abendbrot, Nachtlager und Frühstück erhalten. Die Kosten betragen 102 M. 30 Pf. — Am Dienstag, den 5. d. M., hält der landwirtschaftliche Verein in Lentz's Hotel zu Schwerin a. B. eine Sitzung ab. — Im Laufe dieses Jahres sind von der hiesigen Gewitter-Beobachtungsstation 29 Berichte über Gewitter an das königl. preuß. Meteorologische Institut zu Berlin gesandt worden. Von den 29 Gewittern waren 11 Nacht- und 18 Fern-gewitter. Die gewitterreichsten Monate waren Juli und August mit je 8 Gewittern, dann folgen Mai mit 7, Juni mit 5 und Oktober mit 1 Gewitter. — Im hiesigen Orte und in der Umge-gend macht sich die Influenza wieder bemerkbar.

p. Kolmar i. B., 3. Dez. [Vom Vaterländischen Frauenverein. Rentengüter.] Aus dem Jahresbericht des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins ist zu entnehmen, daß

im Jahre 1892/93 2311,28 M. vereinnahmt und 1714,33 M. verausgabt wurden. Die zwei hier stationierten Krankenschwestern haben im Berichtsjahre 1125 Krankenbesuche gemacht und 89 ganze Tagpflegen, 109 Nachtpflegen und 66 Tag- und Nachtpflegen geleistet. Sie haben ferner 23 Arme und Sieche 304 mal besucht und denselben 39,55 M. und viele Kleidungsstücke übergeben. Die Kleinkinderklinik ist von 78 Kindern besucht worden. Die von der Bezirksärzter geleitete Strichschule wurde von 21 Mädchen besucht. Zu Weihnachten sind hundert Arme beschenkt worden, wozu die Schwestern von den Freunden der Station 168 M. Kleiderstoffe, Kleidungsstücke und Geware erhalten hatten. Zum Vorstande gehören: Frau Landrath v. Schwibow, Frau Amtsrichter Beyer, Frau Bürgermeister Dembel, Frau Gräfin v. Königsmarck, Frau Superintendent Münnich, Frau Rentier Rothmann, sowie die Herren Rentier Vertram, Amtsrichter Böhm, Kreissekretär Gumb und Pastor Delle. — Das dem Gutsbesitzer Mahnke gehörige Gut zu Studfin Nr. 2 wird von Rosenau-Bachsmberg in Rentenquater verpachtet. Zu diesem Zwecke ist ein Termin am 16. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr, im Gasthause am Studfin anberaumt worden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* **Berlin**, 30. Nov. [Unter der Spitzmarke „Belpin ein Klein-Hannover“] wird der „Danz. Btg.“ von hier geschrieben: Nach einer Verfügung des Herrn Amtsvorsteher müssen hinfür die hiesigen Gast- und Schanklokale um 10 Uhr geschlossen werden. Wie es in der betreffenden Verfügung heißt, „sind es besonders Leute aus dem Sandwerter- und Mittelstande, welche derartig vom Spielteufel ergriffen sind, daß sie zu ehrlicher Arbeit keine Lust haben, sondern ihre wenigen Groschen verpielen und verbrühen und dadurch ihre Familien dem größten Elend aussetzen. Wie allgemein behauptet wird, soll dabei auch falsches gespielt werden.“ Das Betrüben hieran ist, daß wegen dieser wenigen Spieler, welche hauptsächlich nur in einem Lokale gespielt haben sollen, sämtliche Gast- und Schanklokale in ihrem Erwerbe schwer geschädigt werden und den ehrlichen Bürgern, welche nach des Tages Last und Hitze bei einem Glase Bier Erholung suchen, dies Vergnügen so arg beschneidet wird. Allgemein nimmt man daher an, daß diese drastische Maßregel für einen Ort mit ca. 2400 Einwohnern unhaltbar ist. Was helfen dem Staate Tabak-, Wein- und ähnliche Steuern, wenn er dem Bürger die Gelegenheit zum Verbräuche dieser Gegenstände nimmt. Der Staat muß ja bankrott machen, wenn dem hier gegebenen Beispiel gefolgt wird. Und das hätten mit ihrem Zeuen die Belpiner Spieler verschuldet!

Telegraphische Nachrichten.

Rom, 3. Dez. Die Senatoren Buccioni und Canonico haben das Portefeuille der Justiz abgelehnt. Canonico noch nicht definitiv. Boffelli will sich bis morgen über die Annahme des Portefeuilles der Finanzen entscheiden. San Marzano, welcher heute Abend eine Konferenz mit dem Könige hatte, übernimmt den Posten des Kriegsministers. Man nimmt an, daß das Kabinett morgen konstituiert werden wird und daß die Kammern am 7. Dezember wieder zusammentreten. Die „Stafte“ demittiert entschieden die Meldung, daß Bonardelli die Kabinettsbildung unter der Bedingung übernommen habe, die Deputiertenkammer eventuell auflösen zu können.

Rom, 4. Dez. Das neue Ministerium hat sich konstituiert, nur die Besetzung des Finanzressorts ist wieder zweifelhaft geworden, da Boffelli die Annahme des Finanzportefeuilles abgelehnt hat. In Folge dessen ist dasselbe auf telegraphischem Wege dem Deputierten Guicciardini, welcher sich zur Zeit in Florenz aufhält, angeboten worden. Guicciardini wird für morgen hierher erwartet. Die Kammer wird voraussichtlich zum Donnerstag oder Sonnabend einberufen werden und sich nach Verathung der dringenden Vorlagen wieder vertagen. Nach dem Wiederzusammentritt soll alsdann die Wahl des neuen Präsidenten erfolgen. Der „Tribuna“ zufolge würde Crispi von der liberalen Partei als Kandidat für den Präsidenten-Posten aufgestellt werden.

Bern, 4. Dez. Die 16. Legislaturperiode der Bundesversammlung ist heute eröffnet worden, der Nationalrath begann die Konstituierung. Der Ständerath wählte zum Präsidenten Wullinger-Solothurn (radikal) und zum Vizepräsidenten Torrente-Ballis (ultramontan).

Paris, 4. Dez. Die Besserung in dem Befinden des ehemaligen kaiserlichen Gesandten Georgiewitsch ist soweit fortgeschritten, daß die Aerzte demselben erlauben haben, das Bett zu verlassen.

Madrid, 3. Dez. Nach Meldungen aus Melilla besetzen die spanischen Truppen die gesamte Grenzlinie und errichten drei Forts an derselben. Die Kabylen beschränken sich auf eine aufmerksame Beobachtung der Spanier und überschreiten die Grenze nicht.

Saragossa, 3. Dez. Sechs Anarchisten, welche vorläufig in Haft genommen waren, sind gestern endgültig dem Gefängnis überwiesen worden. Die Behörden von Barcelona verlangen die Auslieferung eines derselben als Mitschuldigen bei dem Attentate im Teatro Liceo.

London, 4. Dez. Der „Times“ wird aus Paris gemeldet, daß der Pufferstaat, welcher dem zwischen England und Frankreich geschlossenen Abkommen zufolge im Norden von Siam gegründet werden wird, unter die Botmäßigkeit Chinas gestellt werden soll. — Der „Standard“ erfährt aus Shanghai von gestern, daß China Vorbereitungen trifft, die englische Politik in Siam thätig zu unterstützen. Vier englische und mehrere chinesische Kriegsschiffe sind nach Bangkok unterwegs.

Glasgow, 4. Dez. In Folge der Weigerung der Grubenbesitzer, eine Lohnerhöhung zu bewilligen, drohen 17 000 Bergleute die Arbeit niederzulegen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Kof. Btg.“
Berlin, 5. Dezember, Morgens.

Wie verlautet, werden im Reichstage am 15. Dezember die Ferien beginnen und bis zum 7. Januar 1894 dauern.

Wie die „Nat. Btg.“ hört, neigt die Mehrheit des Staatsministeriums dem Vorschlage des Justizministeriums, die Verurteilung in Strafsachen von dem Oberlandesgericht entscheiden zu lassen, zu.

Nach einer Meldung hiesiger Blätter hat der frühere

Kultusminister Graf v. Zedlitz einen Schlaganfall erlitten.

Von anderer Seite wird gemeldet: Graf Zedlitz soll sich bei der Jagd des Grafen Tschirsky-Renard (Groß-Strelitz) erkältet haben und an Lungenentzündung erkrankt sein. Das Befinden des Grafen sei aber insofern befriedigend, als die Krankheit nur in leichter Form auftrat.

Ueber das gegen den Rechtsanwalt Hertwig neuerdings eingeleitete militärgerichtliche Verfahren wird berichtet, daß gegen ihn wegen seines Verhaltens gegen die im Judenflintenprozeß als Zeugen benommenen Offiziere Anklage erhoben werden soll.

Aus Breslau wird dem „Berl. T.“ gemeldet: In Märzdorf, Kreis Grottkau, wollte der Hilfslehrer Höhl ein altes Terzerol probieren, der Schuß ging aber nicht los. Als Höhl in den Lauf hinein sah, frachte der Schuß, die Kugel drang Höhl durch das Auge ins Gehirn. Nach Verlauf einer Stunde starb der Unglückliche.

In einem Restaurant in Neapel kam es gestern zu einem Skandal zwischen deutschen Künstlern. Der Bildhauer Andreas Harting gab auf den Maler Georg Barth ein Revolvergeschuß ab. Barth entflo, wie es scheint unverwundet. Der Attentäter wurde der Polizei übergeben.

Aus London wird gemeldet: Prof. Tyndall ist gestern Abend gestorben.

Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 4. Dez. Wochenübersicht der Reichsbank vom 30. Nov.

Aktiva.			
1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet	M. 826 919 000	Jun.	7 733 000
2) Bestand an Reichskassenscheinen	24 624 000	Abn.	138 000
3) Bestand an Noten anderer Banken	11 688 000	Jun.	1 872 000
4) Bestand an Wechseln	551 460 000	Jun.	7 343 000
5) Bestand an Lombardforderungen	97 858 000	Jun.	5 121 000
6) Bestand an Effekten	5 152 000	Abn.	189 000
7) Bestand an sonst. Aktiven	49 195 000	Jun.	5 271 000

Passiva.			
8) das Grundkapital	M. 120 000 000	unverändert	
9) der Reservefonds	30 000 000	unverändert	
10) der Verz. der auslaufenden Noten	962 413 000	Jun.	7 751 000
11) die sonst. tägl. fälligen Verbindlichkeiten	438 564 000	Jun.	18 861 000
12) die sonstigen Passiva	1 063 000	Jun.	54 000

Bei den Abrechnungsstellen sind im Monat November 1893 abgerechnet 1 506 688 200 M.

** **Königsberg i. Pr.**, 4. Dez. Die Betriebseinnahmen der ostpreussischen Südbahn per Novbr. 1893 betrugen nach vorläufiger Feststellung im Personenverkehr 57 706 Mark, im Güterverkehr 315 528 Mark, an Extraordinarien 15 500 Mark, zusammen 388 734 Mark, darunter auf der Strecke Fischhausen-Balminiden 4238 Mark, im November 1892 provisorisch 379 623 M., mithin gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres mehr 9111 Mark, im Ganzen vom 1. Januar bis 30. Novbr. 1893 3 610 709 Mark (provisorische Einnahme aus russischem Verkehr nach russischem Styl) gegen provisorisch 3 223 081 M. im Vorjahr, mithin gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres mehr 387 628 M. gegen definitiv 3 434 872 M. im Vorjahr, mithin mehr 175 837 M.

** **Essen a. d. Ruhr**, 4. Dez. In der heute stattgehabten Versammlung der dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat angehörigen Begebenheits wurde die Marktlage vom Vorstande als günstig bezeichnet, sobald weder für November eine Einschränkung der Förderung eingetreten ist, noch für Dezember eine solche eintreten wird. Verkauf wurden durch das Syndikat seit dem 1. August d. J. insgesammt 3 396 679 Tonnen, davon 370 722 Tonnen ins Ausland. Der Absatz für Rechnung des Syndikats stieg allmonatlich. Sämtliche Gegenstände der Tagesordnung, welche die innere Verwaltung betrafen, wurden einstimmig genehmigt.

** **Petersburg**, 4. Dez. Der Ausweis über den auswärtigen Handel des europäischen Rußland vom 1. Januar bis 1. Oktober d. J. ergab eine Ausfuhr von 395 910 000 Rubel gegen 316 836 000 Rubel im gleichen Zeitraum des Vorjahres und eine Einfuhr von 314 391 000 Rubel gegen 272 864 000 Rubel im Vorjahre.

** **Bradford**, 4. Dez. Wolle fester, Mohairwolle aber flauer, träge, Garne ziemlich befest, fester. Stoffe unverändert.

Marktberichte.

** **Berlin**, 2. Dez. [Butter-Bericht von Gustav Schulte und Sohn in Berlin.] Ueber den Verlauf des dieswöchentlichen Geschäfts ist wenig Neues zu berichten. Die Zufuhren in Hofbutter waren klein und nur wirklich feinste Qualitäten fanden zu den bisherigen Preisen Beachtung, hierfür blieben Preise behauptet, während solche für zweite und schlechtere Qualitäten um 2-3 M. per 50 Kilo ermäßigt wurden und trotz dieser Preisreduktion konnten die Käufer nicht geräumt werden. Der eigentliche Konsum war auch in der letzten Novemberrunde unverändert schwach und da man den jetzigen Preisstand außerdem für hoch hält, fehlt jede Anregung Käufe auf Rechnung zu übernehmen. Von frischer Landbutter trafen in dieser Woche größere Sendungen als seit langer Zeit, aus Pommern und Preußen ein, welche zu unveränderten Preisen guter Kaufkraft begegnete, während ausländische Waare weniger zugeführt; auch durchaus nicht mehr so reger gefragt wurde wie in der Vorwoche. — Mittliche Notirungen der von der ständigen Deputation gewählten Notirungs-Kommission. Im Großhandel skonto Berlin an Produzenten bezahlte Abrechnungspreise. Butter. Hof- und Genossenschafts-Butter Ia. per 50 Kilo 118 M., Ia. 110-113 M., abfallende 105-108 M. Landbutter: Preussische 95-98 M., Meckl. 95-98 M., Pommersche 95-98 M., Polnische 93-95 M., Bayerische Senn- u. Baverische Land- u. Markt, Schleifische 98-100 M., Galizische 75-80 M., Margarine 40-70 M. Tendenz: Butter: Bei regulärem Geschäft blieben Preise für feine Qualitäten behauptet, schlechtere gaben nach.

** **Berlin**, 2. Dez. [Wochenbericht für Stärke und Stärkefabrikate von Max Sabersky.] Ia. Kartoffelmehl 15,50-15,75 Mark, Ia. Kartoffelstärke 15,50-15,75 M., Ia. Kartoffelstärke und Mehl 12,50-14,00 M. Feuchte Kartoffelstärke (Frachtpartien Berlin) 7,60 M., Frankfurter Syrupfabriken zahlen nach Werkmeyers Bericht fr. Fabrik 7,20 M., Gelber Syrup 16,50 bis 17,50 M., Capillarsyrup 17,50-18,00 M., Capillarsyrup-Export 18,50-19,00 M. Kartoffelzucker gelb 16,50-17,00 M., Kartoffelzucker Cap. 18,00-18,50 M., Rum-Couleur 33,00-34,00 M., Bier-Couleur 32,00-34,00 M., Dextrin gelb und weiß Ia. 23,00-24,00 M. Dextrin do. sekunda 20,00-21,00 M. Weizenstärke (feinstädtig) 29,00 bis 30,00 M. Weizenstärke (grobfädtig) 36,00 bis 37,00 M. Galische und Schleifische 36,00-37,00 M. Reisstärke (Strahlen)

48-49,00 M. Reisstärke (Stüden) 46,00-47,00 M. Maisstärke 33,00-34,00 M. Schabestärke 30,00-31,00 M. Alles per 100 Kilogramm ab Bahn Berlin bei Partien von mindestens 10 000 Kilogramm. („B. B.“)

Breslau, 4. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 120-136 M., geringe Qualität 125-129 M. — Roggen 112-118 M., geringe Qualität 108-111 M. Gerste nach Qualität 122-132 M. — Braugerste 133-140 M. Erbsen, Fatter- 125-145 M., Kocherbsen 155-165 M., Hafer 152-162 M. Marktpreise zu Breslau am 4. Dezember.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Kommission.		gute		mittlere		gering. Ware	
		Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer		14 10	13 90	13 60	13 30	12 50	12 —
Weizen, gelber	pro	14 —	13 80	13 50	13 20	12 50	12 —
Roggen		12 60	12 30	12 10	11 90	11 60	11 30
Gerste	100	15 80	15 20	14 —	13 —	12 50	11 —
Hafer	Kilo	15 80	15 40	14 60	14 10	13 90	13 60
Erbsen		16 —	15 —	14 50	14 —	13 —	12 —

Breslau, 4. Dez. (Amtlicher Produktenbörse-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gefundigt — Str., abgelagerte Rindungsschneide, p. Dez. 126,00 Gd. Hafer p. 1000 Kilo — Gefundigt — Str., p. Dez. 155,00 Gd. Rübsen p. 100 Kilo — Gefundigt — Str., p. Dez. 48,00 Br. April-Mai 48,50 Br. Sin t. Ohne Unsch. Die Wochennotiz.

** **Stettin**, 4. Dez. Wetter: Schneetreiben. Temperatur 0° R. Barometer 763 Mm. Wind: SW.

Weizen ohne Handel, per 1000 Kilo. loco 136-139 M., per Dezbr. 140 M. nom., per April-Mai 146,5 M. Br., 146 M. Gd. — Roggen etwas matter, per 1000 Kilo loco 123-124 M., per Dez. 124,5 M. bez. u. Gd., per April-Mai 127,5-128-127,75 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 138-160 M. — Hafer per 1000 Kilo loco 148-154 M. — Spiritus wenig verändert, per 10 000 Liter Proz. loco ohne Faß 70er 30,5 M. bez., per Dezbr. 70er 30 M. nom., per April-Mai 70er 32 M. Br. u. Gd., per Mai-Juni 70er 32,3 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 140 M., Roggen 124,5 M., Spiritus 70er 30 M. (D. B.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
4. Nachm. 2	756,3	SW leicht	bedeckt	+ 0,7
4. Abends 9	756,5	SW schwach	bedeckt	— 0,8
5. Morgs. 7	757,7	Windstille	bedeckt	— 0,9

1) Nachmittags und Abends Schnee.
Am 4. Dez. Wärme-Maximum + 0,7° Cels.
Am 4. „ „ Wärme-Minimum — 3,9° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. Dez. Morgens 1,31 Meter
„ „ 4. „ Mittags — „
„ „ 5. „ Morgens 1,30 „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 4. Dez. [Zur Börse.] Die „Nat.-Btg.“ berichtet: Es ist nicht leicht, die heutige Stimmung der Börse genau zu umschreiben. Inmitten einer steigenden Bewegung der Kurse einzelner Papiere, wie Kommandittheile, Montanwerte, russische Anleihen und russische Noten, die von einer günstigen Stimmung Zeugniss ablegen könnte, bleibt immer ein Rest übrig, der an eine Art von Verstimmlung erinnert, zum mindesten an eine latente. Man muß diese Erscheinung mit den Bedenken in Zusammenhang bringen, die die erhöhte Besteuerung des Börsenverkehrs, die morgen zur Verhandlung im Parlament gelangt, verursacht. Es kann ferner nicht verhehlt werden, daß der Tenor des richterlichen Urtheils in einem vor wenigen Tagen verhandelten Prozesse die Diskussion der Börse herausforderte und einen unfreundlichen Eindruck macht. „Das Spiel an der Börse“, so soll es in jenem Urtheil heißen, „ist strafbar, wenn es unternommen wird, um größere Reichthümer zu erwerben! Man wolle die Ansicht in diesem Passus des richterlichen Urtheils dahin deuten, daß der Erwerb größerer Reichthümer auf dem Wege des Unternehmens, der Geschäfte, die doch im ganzen Verkehr der Menschen von spekulativen Anschauungen, von einer Vorschau auf kommende Ereignisse getragen werden, für strafbar gilt. Danach wären wir zu Ende des 19. Jahrhunderts, das sich rühmen kann, den Weltverkehr in den weitesten Grenzen ausgebildet und Reichthümer geschaffen zu haben, zu den Ansichten der alten Welt zurückgeführt, die nur den Tausch von Waaren ohne Gewinn für ein ehrliches Geschäft, den Gewinn aus dem Verkehr, wie aus Darlehen für unehrlich an sah. Ferner halten die italienischen Verhältnisse die deutschen Börsen in Spannung, die in den letzten Monaten das größte Interesse für die italienischen Finanzen bethätigten. Es ist ersichtlich, daß man hier bemüht sein möchte, auch in der Angelegenheit des Credito mobiliare Hilfe zu leisten. Ein Hinderniß bildet aber die Knappheit des Geldstandes, da auch Oesterreich wieder an den hiesigen Markt mit stärkeren Ansprüchen herantritt. In Wien wurde heute auf Marknoten ein Depott von 4^{1/2} Kr. gezahlt, was zu bestätigen scheint, daß die Mittel zur Herabdrückung des Agios zum Theil künstliche gewesen sind. Auffallend ist es deshalb, daß Wien in mehreren Gattungen von Effekten heute hier als Käufer auftrat. Einen äußeren Anstoß zur Festigkeit der oben erwähnten Papiere gab die unkontrollirbare Meldung, es sei der deutsch-russische Handelsvertrag abgeschlossen, was unserer Ansicht nach nicht richtig ist. Darauf stiegen Noten um 2 M. über Petersburger Notiz, während Auszahlungen vergeblich mit 1^{1/2} M. unter Notiz offerirt wurden. Aus Paris wurden Orient-Anleihen in großen Posten aus dem Markt genommen, woraus man auf eine Konversion dieser Titres schließen will. Ueberhaupt legt man voraus, daß russische Verhandlungen mit Paris wegen Aufnahme einer Anleihe schweben, und daß Paris deshalb für gut gestimmte Börsen Sorge tragen werde. Auch auf den Montanmarkt übertrug sich die feste Stimmung. Den Anstoß gab die Meldung, daß die Katharinenhütte im vorigen Jahre das investirte Kapital mit 30 Prozent verzinste habe, was einen Theil der Spekulation zu Käufen veranlaßte. Daß diese 30proz. Verzinsung bereits in dem Abschlusse der Laurahütte verzeichnet ist und diese trotzdem nur 3 Prozent Dividende vertheilt hat, wurde nicht beachtet. Das Geschäft in Kohlenwerthen war nicht belangreich. Die Nachrichten aus Rheinland-Westfalen lauten in augenblicklich in Betreff des Kohlenabzuges ziemlich günstig, doch nimmt man in urtheilsfähigen Kreisen an, daß in nicht allzuferner Zeit wieder ein starker Rückschlag erfolgen dürfte. Darauf dürfte es auch zurückzuführen sein, daß Rheinland-Westfalen als Abgeber von Kohlen-Akten auftritt.

Breslau, 4. Dez. (Schlußkurs.) Sehr fest. Neue Proz. Reichsanleihe 85,35 3^{1/2} Proz. L.-Randbr. 97 05, Konj. Türken 22,25, Türk. Loose 85,00, 4proz. ung. Goldrente

Juni $4^{11}/_{32}$ Käuferpreis, Juni-Juli $4^{9}/_{8}$ Verkäuferpreis, Juli-August
 $25/_{64}$ d. Käuferpreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von W. Becker u. Co. (H. Köchel) in Berlin